

VfK NRW e.V. • Geschäftsstelle Essen - Postfach 25 01 08 • 45341 Essen

**Landtag Nordrhein-Westfalen
Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Postfach 10 11 43**

40002 Düsseldorf



Per E-Mail an: anhoerung@landtag.nrw.de

Essen, den 5. Jan. 2023

**Betr.: Antrag der FPD-Fraktion Drs. 18/1666 Sichere Hilfe gegen Hass und Hetze
Anhörung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am
20.01.2023**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu diesem Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können.

Der Antrag der FDP-Fraktion möchte diverse Aufträge an die Landesregierung zum Beschluss bringen. Deshalb nehmen wir zunächst allgemein Stellung, denn das Problem ist viel umfassender und betrifft nicht nur die Kommunalpolitiker und beschränkt sich auch nicht nur auf Hass oder Hetze, sondern beinhaltet auch lebensgefährdende Gewaltanwendung. Infolgedessen würden wir es begrüßen, wenn das Thema in dem nachstehenden Sinne durch den Ausschuss erweitert wird.

Insbesondere in bestimmten Großstädten, nicht nur in NRW, haben sich Gruppen von meist männlichen Heranwachsenden und jungen Erwachsenen angesammelt, die jedes Ereignis, wie zum Beispiel Sylvester zum Anlass nehmen, Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten zu behindern oder anzugreifen mit dem Ziel möglichst großen Schaden an Fahrzeugen und Ausrüstung anzurichten. Dabei werden die Einsatzkräfte auch persönlich angegriffen, so dass Leib und Leben der Einsatzkräfte nicht nur gefährdet ist, sondern Schaden nimmt.

Diese Exzesse können nicht länger hingenommen werden. Die Einsatzkräfte (Fahrzeuge und Personen) sollten umgehend mit Bodycams bzw. Fahrzeugkameras ausgestattet werden. Zusätzlich sollten die Fahrzeuge der Kommandos mit 360Grad-Kameras ausgestattet werden mit der Möglichkeit der Aufzeichnung der Ereignisse, damit die Täter auch identifiziert werden können. Aufgrund der unzureichenden technischen Ausstattung müssen umfangreiche Ermittlungen nach solchen Ereignissen eingeleitet. Teils muss auf

Videoaufnahmen von Passanten oder Nachbarn zurückgegriffen werden, um Personenermittlungen durchführen zu können. Aber auch das bewirkt noch keine Abschreckung, wenn die Justiz nicht in der Lage ist, die festgestellten Täter zeitnah zu überführen und zu verurteilen. Auch an dieser Stelle ist mal wieder zu erwähnen, dass es an Personal mangelt, obwohl bei den Ermittlungsbehörden als auch bei der Justiz.

Gerade bei den Rettungskräften und nicht nur in der Politik sind viele Ehrenamtliche im Einsatz ohne die unser Rettungssystem nicht mehr funktionieren würde. Diese Leute müssen besser geschützt werden, weil wir auf die personelle Unterstützung von diesen ehrenamtlichen Helfern angewiesen sind. Es müssen deutliche Zeichen der Wertschätzung dieser Leute erfolgen, nicht durch leere Worte, sondern durch Taten.

Was die Kommunalpolitik angeht, so begrüßen wir natürlich die Initiative der FDP-Fraktion im Landtag, zumal sie von einer Partei kommt, die ausweislich der Studie der Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie Band 64 Nov. 2022) am wenigsten von Hass und Hetz in der Kommunalpolitik betroffen ist.

Die Partei, die von solchen Taten am Meisten betroffen ist, wird in dem Antrag der FDP-Fraktion gar nicht erwähnt und das obwohl Umfragen ergeben haben, dass ca. 90% aller AfD-Vertreter einschlägige Erfahrungen gemacht haben. Aus den BKA-Studien geht im Übrigen hervor, dass Gewalt gegen AfD-Vertretern fast ausschließlich von Linksextremisten ausgeht.

Insofern hätten wir uns gewünscht, dass die Begründung des Antrages eine ausgewogenere Darstellung beinhalten würde. Es bedarf auch keiner weiteren Studien zu diesem Thema. Es gibt ausreichend Erkenntnisse über die Problemlage. Was fehlt ist ein konkretes zielführendes Handlungskonzept, was allerdings nur dann wirksam werden kann, wenn die Mängel bei den Ermittlungsbehörden und der Justiz beseitigt werden.

Angesichts der bekannten Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA) sollte man erwarten, dass es längst konkrete Konzepte gibt, um der aktuellen Entwicklung entgegenzutreten. Das ist aber offenbar nicht der Fall.

Bereits 2021 haben Straftaten mit politischem Hintergrund eine Steigerung von 23% zum Vorjahr auf 55.048 Delikte erfahren, davon 3.899 Gewalttaten mit einer Steigerung von 15%. 21.339 Delikte konnten keiner politischen Richtung zugewiesen werden. Über alle zurückliegenden Jahre hinweg sind diese Zahlen ständig gestiegen.

Das zeigt, dass wir ein umfassendes gesellschaftliches Problem haben, das mit ein paar kosmetischen Maßnahmen nicht aus der Welt geschafft werden kann. Es gibt eine zunehmende Zahl von Personen, die sich mit der Staatsautorität nicht abfinden, sie vielmehr ablehnen, sich radikalisieren und schließlich bereit sind, sie zu bekämpfen.

Wenn diese Geschehnisse, wie wir sie auch dieses Jahr zu Sylvester erlebt haben, zunehmen, wird es immer schwerer werden, Ehrenamtliche für diese wichtige Tätigkeit in der Kommunalpolitik oder bei den Rettungskräften zu begeistern. Und wir haben auch die Verpflichtung Leib und Leben unserer Polizeikräfte besser zu schützen und Täter durch eine funktionierende Justiz abzuschrecken.

Was die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker angeht, so haben in der Vergangenheit schon mehrfach darauf hingewiesen, dass hierzu auch eine angemessene Aufwandsentschädigung gehört, die auch Rentner und Nichtbeschäftigte einbezieht. Auch die Opferung von Freizeit ist Geld wertiges Gut. Das wird bisher ignoriert. Von der hierzu eingesetzten Enquete-Kommission des Landtags haben wir nach Eröffnungssitzung in Münster nie wieder etwas wahrgenommen. Das zeigt, welche Wertigkeit der Landtag dem kommunalen Ehrenamt beimisst.

Infolgedessen würden wir es begrüßen, wenn der Ausschuss die Initiative der FDP-Fraktion aufgreift und die Themenstellung in dem vorgestellten Sinne erweitert.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Essler', written in a cursive style.

Bernd Essler

(Stellvertr. Vorsitzender)